

damit einen Erfolg erzielen, zumal da unsere Industrie reichlich mit Aufträgen aus dem Ausland versehen und so die Möglichkeit gegeben ist, daß unsere Ausfuhr noch weiter steigt. Schon aus diesem Grunde wäre es verkehrt, wenn wir versuchen wollten, den Wert der Mark im Inlande durch eine neue Preisrevolution auf den Stand ihres Auslandswertes herabzudrücken.

\* \* \*

## Der Ausweg

Es kann dem deutschen Volke nicht eindringlich genug klar gemacht werden, daß es durch den Krieg ein armes Volk geworden ist. Das Deutsche Reich wird am 1. April 1920 204 Milliarden Mark\* Schulden haben, während vor dem Krieg das ganze deutsche Volksvermögen nur auf 300—400 Milliarden Mark geschätzt wurde. Zu den 204 Milliarden kommen noch die nicht geringen Schulden der Einzelstaaten und Gemeinden. Der Bedarf des Reiches wird ohne die Abgaben an den Gegner nach den vorliegenden Schätzungen mindestens 17½ Milliarden betragen und zur Erfüllung der Verpflichtungen, die uns aus dem Friedensvertrag erwachsen, werden noch einige Milliarden hinzukommen. Im Jahre 1913 hatten wir, wie bereits erwähnt, einen Einfuhrüberschuß von etwa 700 Millionen Mark, der unbedenklich war, weil uns die Zinsen unsers ausländischen Kapitals und die Gewinne unsrer Reedereien zu dessen Bezahlung zur Verfügung standen, Einnahmequellen, die in den nächsten Jahren für Deutschland in nennenswertem Umfange nicht in Betracht kommen.

Wir können unsern Verpflichtungen gegenüber den Gegnern nur nachkommen, indem wir ihnen Waren liefern. Eine andre Möglichkeit gibt es nicht. Es muß daher in Zukunft der Wert unsrer Ausfuhr den unsrer Einfuhr erheblich übersteigen. Deshalb werden wir noch lange Jahre zu äußerster Sparsamkeit gezwungen sein. Für die Zukunft unsers Volkes und unsers Landes wird ungeheuer viel davon abhängen, ob wir uns zu diesen unvermeidlichen Beschränkungen nur durch den äußersten Druck zwingen lassen, oder ob wir planmäßig daran gehen, auf E n t b e h r l i c h e s z u v e r z i c h t e n, damit wir das u n b e d i n g t N o t w e n

\* Rede Erzbergers am 27. Oktober 1919 im Reichsrat.